

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

24 (29.1.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3800 I.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hiltnerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: L. Dups, Durlach.



Anzeigendeberechnung: Die gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluss der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Plakatschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 24

Montag, den 29. Januar 1934

105. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Nach dem Rücktritt des französischen Justizministers ist am Samstag mittag das ganze Kabinett zurückgetreten. Der Staatspräsident hat den Rücktritt genehmigt, Chaumpeps aber die Neubildung abgelehnt.

Am Freitag ist zwischen Deutschland und Polen ein zehnjähriger Verständigungspakt abgeschlossen worden.

Bei der Eröffnung der „Grünen Woche“ am Samstag hielt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Darre, eine große Rede.

Durch eine Verordnung der Obersten SA-Führung wird der bisherige Kernschutzhelm völlig mit der SA verschmolzen.

General a. D. von Horn ist als Führer des Kaffhäuserbundes zurückgetreten, zu seinem Nachfolger wurde Oberst i. D. Reinhard gewählt.

Am Sonntag früh traf in Berlin in Erwiderung des Besuches der deutschen Handwerkerführer in Italien eine italienische Handwerksabordnung ein, die von Vizepräsident Jeleny herzlich begrüßt wurde.

Eröffnung der „Grünen Woche“

Berlin, 27. Jan. Bei der Eröffnung der „Grünen Woche“ hielt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, A. Darre, eine Rede. Er führte u. a. aus: Die grünen Wochen der vergangenen Jahre waren eine typische Erscheinung liberalistischer Wirtschaftsauffassung. Man benutzte die Grüne Woche als Mittel zum Zweck. Man mußte die unrentablen Ausstellungshallen auch in den Wintermonaten belegen. Man zog die Landbevölkerung in einer geschäftsmäßig Zeit für acht Tage nach Berlin, in der Hoffnung, daß der deutsche Bauer nun in Berlin für kurze Zeit Entspannung und Vergnügen finden würde. Die Grüne Woche, die ich heute zu eröffnen die Ehre habe, trägt ein anderes Gesicht. Zum erstenmal werden Lebensfragen, die weit wichtiger sind als die wirtschaftlichen Sorgen des Bauern, im großen Rahmen einer Ausstellung der Reichshauptstadt gezeigt. Wir müssen uns darüber klar sein, daß eine derartige Schau, die den Quellen unserer Volkswirtschaft, der Entwicklung unseres Bauerntums und damit unseres Reiches nachspürt, erst in einem nationalsozialistischen Deutschland mit seinem geeinten Bauerntum möglich war. Die Zersplittertheit des Bauerntums ist überwunden. Der Bauer weiß, wo heute seine Gegner und wo seine Freunde sitzen. Erst in einem nationalsozialistischen Deutschland kann ein Wort wie das von der Schicksalsverbundenheit von Stadt und Land einen lebendigen Inhalt bekommen. Der Bauer weiß, daß er mit seinen Volksgenossen in der Stadt, insbesondere dem deutschen Arbeiter, auf Gebeih und Verderb verbunden ist. Denn eines haben wir erreicht: Gerade der deutschen Arbeiterschaft ist in den letzten Monaten klar geworden, daß vor allem ihr Los aufs engste mit der Zukunft unseres Bauerntums verknüpft ist. Dem Arbeiter beginnt in wachsendem Maße bewußt zu werden, daß auch seine Wurzeln im Bauerntum liegen, und daß unser Volk nichts ist ohne seine Bauern. Aus dem Munde unseres Führers stammt jenes Wort, daß ein deutscher Staatsmann auf hoffnungslosem Posten steht, der verzagt, daß im deutschen Bauerntum immer der Schwerpunkt jeder Politik liegen muß, wenn das Volk, dem seine ganze Sorge gilt, nicht verloren sein soll.

Das deutsche Volk ist seit den Tagen seines Eintritts in die Geschichte ein bodenständiges Bauernvolk gewesen. Unsere germanischen Vorfahren waren weder wilde noch barbarische Nomadenhorden, sondern sie besaßen eine bäuerliche Kultur von einem Hochstande, den wir in mancher Beziehung heute noch nicht wieder erreicht haben. In der Ehrenhalle des deutschen Bauern auf der Grünen Woche wird eine hervorragende Reihe dieser Kulturgüter edelsten Bauerntums gezeigt werden. Hier gilt es wieder anzuknüpfen. Wenn wir in allen Volksschichten um einen neuen völkischen Lebensstil ringen, so müssen wir zu dem ewig sprudelnden Quellen dieser altgermanischen Kultur zurückfinden. Ueber allem aber steht die Erkenntnis: dieses Zurückfinden zu der Urquelle unseres völkischen Daseins, befreit von dem volkszerstörenden Liberalismus, verdanken wir nur einem Manne: unserem Führer und Kanzler Adolf Hitler! Ich eröffne hiermit die Grüne Woche Berlin 1934, die erste im nationalsozialistischen Deutschland, mit einem dreifachen Siegesheil auf unser deutsches Vaterland und unseren Führer Adolf Hitler!

Verschmelzung des Kernschutzhelms mit der SA

München, 28. Jan. Die Oberste SA-Führung gibt im „Völkischen Beobachter“ bekannt, daß der bisher noch in der SA, 1 weiterbestehende Kernschutzhelm mit der SA völlig verschmolzen wird und unter dem Befehl des SA-Gruppenführers tritt, in dessen Bereich die SA, 1-Einheiten liegen. Hand in Hand mit dieser organisatorischen Maßnahme legt der bisherige Kernschutzhelm den selbigen Kod ab. Sämtliche SA-Gliederungen tragen nunmehr künftig einheitlich das braune Ehrenkleid.

Das französische Kabinett zurückgetreten

Paris, 28. Jan. Das französische Kabinett hat am Samstag mittag beschlossen, zurückzutreten. Die Minister begaben sich gegen 17 Uhr ins Elysee, um dem Staatspräsidenten ihr Rücktrittschreiben zu unterbreiten. Der Präsident der Republik hat den Rücktritt angenommen und die Minister gebeten, die Geschäfte bis zur Bildung eines neuen Kabinetts weiterzuführen.

Im Zusammenhang mit der durch diesen Rücktritt geschaffenen politischen Lage erklärte Chaumpeps, daß seine Regierungsführung in den letzten Tagen mehrere Male von der großen Mehrheit der beiden Kammern gutgeheißen worden sei. Die Regierung bleibe deshalb Herr ihrer Verhältnisse. Das öffentliche Leben werde jedoch im Augenblick unter dem Einfluß der Wirren, die der Finanzkandal in der Öffentlichkeit herbeigeführt habe und der außerdem als Vorwand für eine politische Propaganda ausgenutzt werde. Der Rücktritt des Justizministers mache der Regierung die Erfüllung ihrer Pflicht in einer ruhigen Atmosphäre noch schwerer. Ministerpräsident Chaumpeps hat deshalb seinen Kollegen vorgeschlagen, dem Staatspräsidenten den Gesamtrücktritt des Kabinetts zu unterbreiten, um einer neuen Regierung die Fortsetzung der Aufgabe zu ermöglichen. Der Kabinettsrat hat diesen Vorschlag einstimmig angenommen.

Chaumpeps lehnt Neubildung ab

Chaumpeps hat erklärt: Der Präsident der Republik hat der Regierung für ihre Bemühungen namentlich bei der Beratung des Staatshaushaltes seine Anerkennung ausgesprochen. Unter Hinweis auf die Mehrheit die mein Kabinett stets im Senat und in der Kammer erhielt, hat der Präsident mich gebeten, die neue Regierung zu bilden. Ich konnte meinem Wunsch aber nicht nachkommen. Der Präsident der Republik wird unverzüglich die Besprechungen zur Lösung der Krise beginnen.

Chaumpeps hatte am 27. November 1933 als Nachfolger des Ubergangskabinetts Sarraut die Regierung übernommen. Er vertrat zunächst die Grundlage seiner Regierung durch Hineinnahme von Vertretern des Zentrums und der sogenannten Neosozialisten zu erweitern. Diese Absicht scheiterte an grundsätzlichen Gegenständen zwischen diesen beiden Fraktionen. So stellte sich Chaumpeps am 2. Dezember mit einem fast rein radikalsozialistischen Kabinett der Kammer vor. Gleichzeitig brachte er eine neue Finanzvorlage ein. Es war ihm beschieden, im Laufe der Verhandlungswochen in der Kammer und im Senat einen Erfolg zu erzielen, der in der Vorgängerregierung verfehlt worden war. Die Regierung konnte Frankreich eine von beiden Kammern ver-

abschiedete Finanzvorlage auf den Weihnachtstisch legen, die den Fehlbetrag im Haushaltsplan um 4 Milliarden Francs verringerte. In diesem Zusammenhang erhielt die Regierung Chaumpeps eine Ermächtigung für eine 10-Milliarden-Anleihe. Ein entscheidender Schritt war getan. Aber noch stand die Verabschiedung des Haushaltsplanes 1934 bevor. Die Regierung Chaumpeps hätte also im Januar auch ohne den Stavisch-Standal eine neue Krapfprobe bestehen müssen.

Besprechungen um die Kabinettsbildung

Paris, 28. Jan. Der Präsident der Republik hat am Sonntag die Beratungen über die Kabinettsbildung fortgesetzt. Zunächst empfing er den ehemaligen Minister Tardieu, der nach Aufregungen, die er gegenüber der Presse machte, für die nationale Union, für beschleunigte Verabschiedung des Haushalts, für einen neuen Mann an der Spitze der Regierung und unter Umständen für Auflösung der Kammer eingetreten ist. Anschließend empfing Staatspräsident Lebrun den ehemaligen Ministerpräsidenten Herriot, der es nach Verlassen des Elysees ablehnte, eine Erklärung abzugeben. — Als dritter kam der ehemalige Justizminister Barthou an die Reihe. Ueber das Ergebnis seines Gedankenaustausches mit dem Präsidenten ist noch nichts bekannt. Nach der Besprechung mit Barthou empfing der Staatspräsident den Vorsitzenden des Finanzausschusses des Senats und ehemaligen Ministerpräsidenten Caillaux.

Drei Mitglieder des zurückgetretenen französischen Kabinetts befaßt

Paris, 27. Jan. Der Rücktritt Chaumpeps wird als unvermeidliche Folge des Stavisch-Standals und seiner Auswirkungen bezeichnet. „Wie hätte“, schreibt das „Journal“, „das Kabinett sich halten können, nachdem vor einigen Tagen der Kolonialminister gehen mußte, nachdem jetzt der Justizminister zurückgetreten ist und nun ein drittes Regierungsmitglied (gemeint ist der Finanzminister Bonnet) durch ein Dokument befaßt wird?“ „Matin“ erklärt, es sei notwendig geworden, endlich Platz zu machen, damit überall hingeleuchtet werden könne. Subelnd erklärt „Echo de Paris“, daß es nunmehr Aufschluß zu erhalten hoffe über die hundert Schicks, die Bonnaure von Stavisch erhalten haben soll. Das Drama der Regierungskrise sei, so behauptet das Blatt, nur so zu verstehen, daß Bonnaure für Wahlzwecke der radikalsozialistischen Partei diese Gelder erhalten und Chaumpeps aus diesem Grunde versucht habe, bis zuletzt einen Dalimier und einen Reynaldy zu decken.

Echo zum deutsch-polnischen Verständigungspakt

Berliner Stimmen

Berlin, 27. Jan. Das Verständigungsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und Polen wird von der gesamten Berliner Morgenpresse mit Freude und Genugtuung begrüßt.

Der „Völkische Beobachter“ weist darauf hin, daß der Pakt mit Polen die Politik des Friedens und der offenen Aussprache fortsetzt, die der Führer als sein außenpolitisches Programm vor dem deutschen Volk und der Welt gekennzeichnet hat. Das nationalsozialistische Deutschland hat sich mit einem klaren Entschluß aus dieser vergifteten Atmosphäre der internationalen Diplomatie gelöst und es ist eine mutige Tat, daß ebenso die polnische Regierung sich über alle Querebenen hinwegsetzte, um in direkter, persönlicher Aussprache den Weg der Annäherung zu finden, der in Genf immer wieder von interessierten Kräften verweigert wurde. Die neue europäische Politik hat mit diesem Tag den ersten großen Erfolg errungen.

Der deutsch-polnische Pakt bestätigt die Auffassung, schreibt der „Völkische Beobachter“, daß zwischen zwei Völkern, die eine starke nationale, von Parteilümmeln unabhängige Regierung besitzen, eine Verständigung am leichtesten möglich ist. Die Welt wird nun anerkennen müssen, wie ernst der Friedenswille Deutschlands und seines Führers ist.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ unterstreicht besonders, daß bei dem Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens nicht jene allgemeine pazifistische Ideologie Pate gestanden hat, die den Pariser Pakt vielfach zum Gespött werden ließ, und nicht die Vorstellung internationaler Verbündertum, die im Völkerbund ad absurdum geführt worden ist, sondern das gerade Gegenteil: der Wunsch zweier Nationen, die vielen brennenden Fragen, die sie trennen, ohne Einmischung dritter Interessenten einer Lösung entgegenzuführen. Der Wille zur direkten Verständigung ist der Kern dieses Abkommens und darin unterscheidet es sich gerade grundlegend vom Kellogg-Pakt.

Die „Deutsche Zeitung“ schreibt u. a.: War der Völkerbund ausricht Deutschlands der einschlossene Schlußstrich unter die ausweglose, sich in ewigem Hader aufschreckende, zu wirklichen Friedensstaten unfähige Politik, so beweist das nationalsozialistische Deutschland mit diesem Abkommen, daß es allen Widerständen zum Trotz wirklicher, großer epochemachender Friedensstaten fähig ist.

Wenn gewisse Auslandskreise bisher behaupteten, so sagt die „Berliner Vorzeitung“, die Betonung der deutschen Friedensbereitschaft sei nicht für die Dauer gemeint, sondern stelle nur eine „Ubergangspolitik“ dar, so sind derartige gehässige Verdächtigungen durch das vorliegende, auf 10 Jahre abgelaufene Abkommen beweiskräftig widerlegt. Das Ausland hat den Reichskanzler oft aufgefordert, seinen friedliebenden Worten die Tat folgen zu lassen. In dem deutsch-polnischen Verständigungsvertrag sind diese Worte zur Tat geworden.

Die Aufnahme in Warschau

Warschau, 27. Jan. Das deutsch-polnische Verständigungsabkommen hat in hiesigen Regierungskreisen, wie von zuständiger Seite verlautet, große Befriedigung ausgelöst und wird überaus freundlich begrüßt. Besonders wird der Umstand unterstrichen, daß der Pakt nicht von dem Bestehen irgend welcher internationaler Institutionen abhängig gemacht worden ist, zumal diese Stellen einem wechselvollen Schicksal unterliegen können. Ferner wird gesagt, daß die nunmehr erfolgte Befriedigung der Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern auch eine Stärkung des europäischen Friedens bedeute. Nicht zuletzt wird die große Zeitpanne von zehn Jahren, für welche dieses Abkommen abgeschlossen worden ist, als bedeutsame Tatsache auch von wirtschaftlicher Tragweite angesehen.

Günstige Aufnahme in Frankreich

Paris, 27. Jan. In hiesigen politischen Kreisen wird zu der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Abkommens erklärt, die französische Politik habe den Ausbau solcher Pakte stets willkommen gesehen und gefördert, denn alles, was in Europa den Frieden zu festigen versuche, sei mit Genugtuung aufzunehmen. Deshalb könne man sich auch zu dem Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens nur beglückwünschen. Denn das Frankreich befreundete und verbündete Polen liefere so einen Beitrag zum Friedenswerk und festige seine Stellung durch neue Sicherheiten. Der Berliner Berichterstatter des „Matin“ bezeichnet den Vertragsabschluß als Ereignis von beträchtlicher Tragweite. Er hebt hervor, der Vertragstext beweise klar, daß Deutschland einerseits die Bündnisse Polens mit Frankreich und Rumänien sowie die Beziehungen des Warschauer Kabinetts mit dem Völkerbund vorbehaltlos anerkenne. „Excelsior“ schreibt: Die fran-

öffentliche Meinung werde, ohne sich Illusionen zu machen, dieses Abkommen günstig aufnehmen, das für die Gegenwart die an der Weichsel vorhandenen Sturmzeichen zerstreue. Die Verantwortung Frankreichs werde dadurch in glücklicher Weise entlastet. „Petit Journal“ schreibt, die Unterzeichnung beweise, daß die Warschauer Politik sich in Richtung auf eine immer größere Selbstständigkeit hin entwickle. „Le Tour“ schreibt: Bisher ist die Frage Korridor-Polen-Danzig-Schlesien international geworden. Wenn die direkten deutsch-polnischen Verhandlungen einen Sinn haben, dann nehmen sie Europa das Ausschichtsrecht und die Interventionspflicht in dieser Frage.

Die englische Presse

London, 27. Jan. Der Abschluß des deutsch-polnischen Verständigungsabkommens wird von der englischen Presse in großer Aufmachung gemeldet und ohne Ausnahme begrüßt.

„Daily Telegraph“ bezeichnet den Vertrag als den wichtigsten Beitrag des nationalsozialistischen Deutschland zur Sicherung des Friedens in Europa.

Kreuter spricht von einer Entwicklung, die weitreichende Folgen für den europäischen Frieden haben könnte.

„Daily Mail“ schreibt: Was Hitler und Piłsudski getan haben, scheint beinahe ein Wunder zu sein. Das Abkommen ist der unmittelbaren Intervention Hitlers und Piłsudskis anzuschreiben.

In der Berliner Meldung der „Morningpost“ heißt es, man hoffe, daß das Abkommen zu einer friedlichen Regelung der Korridorfrage führen werde.

„Times“ sagt: Es ist das erste Mal, daß die beiden Länder ein politisches Abkommen in einem solchen Ton und guten Willen unterzeichnet haben. Obgleich niemand, der in Deutschland lebt, glaubt, daß die Korridorfrage durch das Abkommen beigelegt sei, so scheint es doch eine bessere Aussicht für die künftigen deutsch-polnischen Beziehungen als jemals zuvor zu bieten. „Sitters Jahresbericht mit Polen“, so schreibt „Daily Express“, ist von allerhöchster Bedeutung. Er ist die Konsolidierung der Gewinne einer einjährigen Diplomatie. Der sozialistische „Daily Herald“ schreibt, daß die Unterzeichnung des Abkommens die ganze internationale Lage beträchtlich erleichtern sollte. Auch auf die Krisenlage werde das Abkommen günstig wirken, denn es sei so gut wie sicher, daß Polen jetzt der deutschen Forderung auf sofortige Gleichberechtigung sympathisch gegenüberstehe werde.

Der belgischen Presse gefällt das deutsch-polnische Abkommen nicht

Brüssel, 27. Jan. Der Abschluß des deutsch-polnischen Verständigungsabkommens wird von der reaktionären „Nation Belge“ mit Bitterkeit kommentiert. Deutschland verübe lediglich, so schreibt das Blatt, einen Druck auf Frankreich auszuüben. „Independence Belge“, die stark unter französischem Einfluß steht, behauptet, Deutschland wolle sich der Neutralität Polens verschließen. Das sozialistische Blatt „Peuple“ spricht von einer Verbindung des deutschen Faschismus mit dem polnischen Faschismus.

Diese vereinzelt Stimmen erlauben jedoch keinen Rückschluß auf den Eindruck in den maßgebenden Kreisen. Dort wird das Ereignis in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Abrüstungsaussichten gewürdigt.

Starker Eindruck des deutsch-polnischen Abkommens in Lettland

Riga, 27. Jan. Die Unterzeichnung des neuen Verständigungsabkommens zwischen Deutschland und Polen hat in Lettland gerade wegen der von der jüdischen und marxistischen Presse betriebenen Hege, daß Deutschland zum Kriege rufe, einen außerordentlichen Eindruck gemacht. Entsprechend der Bedeutung dieser Nachricht und dem großen Aufsehen, das die Meldung hervorgerufen hat, wird die Nachricht von den Blättern an führender Stelle gebracht. Die Blätter beschränken sich auf die Wiedergabe der ausländischen Pressestimmen, vor allem der polnischen Pressekolonnen.

Japan zum deutsch-polnischen Pakt

Tokio, 27. Jan. Die japanische Presse kommentiert das deutsch-polnische Friedensabkommen ausführlich. In Kreisen, die dem japanischen Außenministerium nahesteht, so schreiben die Blätter, werde das Abkommen als glänzender Erfolg der deutschen Diplomatie gemeldet. Diese Verständigung zwischen Berlin und Warschau werde ohne Zweifel Rückwirkungen haben. In Moskau allerdings werde man über das Abkommen nicht sehr erfreut sein.



Der Weg in den neuen Tag

Roman von Helma von Hellebrand
Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Das waren ja volle sechshundert in einem Monat! Großer Gott — und sie wohnte nun schon wochenlang blind und taub dahin, ohne sich um irgend etwas zu kümmern. War sie denn von Sinnen gewesen?
Stöhnend barg sie den Kopf in den Händen. Ach, wie grauenhaft war das alles! Aber schnell raffte sie sich wieder auf. Was nützte alles Klagen — handeln mußte sie! Sofort abreisen. Ja, wohin denn? Verflucht irren die schwarzen Augen durch den großen, behaglichen Raum. Das Häuschen im Park gehörte Magnus Steinherr, ohne seine Erlaubnis konnte sie nicht dahin zurückkehren. Es blieb ihr nichts anderes übrig, als ihn darum zu bitten. Und wovon leben? Der Steinherrische Besitz war nur mit Auto oder auf weitem Umweg mit der Eisenbahn zu erreichen. Wie konnte sie von da draußen je eine Stellung in der Stadt finden?
„Ich muß mir ein Zimmer im Zentrum mieten, von da aus die Suche nach Arbeit beginnen“, überlegte Wera, vor sich hinstarrend. O wie deutlich sah sie diese verzweifelte Suche schon vor sich, die vergeblichen Wege, das Soffen und Härten, die Enttäuschungen — und wieder Wege, endlose Wege... Aber es mußte sein, man verhungerte nicht, ohne sich bis zum letzten Atemzug zu wehren...

Zu allererst hieß es: feststellen, wie groß ihr Guthaben auf der Bank noch war.
Angstgepeitscht machte sie sich auf den Weg, ohne den alten Diener zu bemerken, der sie vom Flursenker aus zufällig fortleitete und ihr nun von weitem bewirrt folgte.

Was konnte die gnädige Frau fortgetrieben haben,

Führerwechsel im Koffhäuserbund

General von Horn zurückgetreten — Oberst Reinhard Bundesführer

Berlin, 28. Jan. Reichspräsident von Hindenburg, der Schirmherr des Deutschen Reichstriegeerbundes Koffhäuser, hat den Rücktritt des Koffhäuserbundesführers, General der Artillerie a. D. von Horn, genehmigt. General von Horn führte seit sieben Jahren den Koffhäuserbund, und es ist ihm gelungen, die größte Einheit ehemaliger Soldaten geschlossen dem Volkstanzler des neuen Deutschen Reiches, Adolf Hitler, zu unterstellen.



Oberst Reinhard
der neue Leiter des Koffhäuserbundes

Der Reichspräsident hat an General von Horn folgendes Handschreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr General! Mit Ihrer Abtät, von dem Amte des Bundesführers des Deutschen Reichstriegeerbundes Koffhäuser zurückzutreten, erkläre ich mich in Würdigung der mit vorgetragenen Gründe einverstanden. Bei Ihrem Ausscheiden aus diesem Amte gedenke ich der wertvollen vaterländischen Arbeit, die Sie in Ihrer langjährigen Tätigkeit als Führer des Koffhäuserbundes geleistet haben und spreche Ihnen hierfür Dank und aufrichtige Anerkennung aus. In alter Kameradschaft verbleibe ich mit freundlichen Grüßen Ihr ergebener
gez. von Hindenburg.

Die in Berlin zusammengekommenen Landesführer des Koffhäuserbundes haben einstimmig den Oberlandesführer der EWK 2, Oberst a. D. Reinhard, gebeten, die Führung des Koffhäuserbundes zu übernehmen. Der Oberlandesführer erklärte sich bereit, die Führung zu übernehmen und sicherte zu, den Koffhäuserbund in seinem Bestande zu erhalten.

Staatsrat Dr. Weidemann Landesbischof von Bremen

Bremen, 28. Jan. Auf Grund der Vollmacht des Reichsbischofs vom 21. Januar 1934 hat der Präsident der Bremischen Evangelischen Kirche, Otto Herber, dem Schriftführer der Bremischen Evangelischen Kirche, Staatsrat Pastor Dr. Weidemann, den Titel Landesbischof der Bremischen Evangelischen Kirche verliehen.

Vollziehung des Reichsrats am 30. Januar

Berlin, 27. Jan. Der Reichsrat ist jetzt zu seiner ersten Vollziehung für Dienstag, den 30. Januar, 5.30 Uhr nachmittags, nach dem Reichstagsgebäude einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen nur drei Punkte, und zwar zunächst die Feststellung der Niederlage der letzten Sitzung, ferner die Bekanntgabe der in der Zeit vom 22. September 1933 ab im Umlauf erledigten Sachen und als dritter Punkt Verschiedenes.

Filmvorführung auf Kreuzer „Karlsruhe“

Kiel, 28. Jan. Kreuzer „Karlsruhe“ führt auf seiner Auslandsreise einen Filmvorführungsapparat mit sich, der namentlich in den ausländischen Häfen in Tätigkeit tritt. Filme, die für das neue Deutschland charakteristisch sind, werden von den deutschen Kolonnen im Ausland mit Begeisterung aufgenommen. Während des Aufenthaltes des Schiffes in Trifonali, Ceylon wurden den Engländern Ausschnitte vom Nürnberger Parteitag gezeigt, die ganz ausgezeichnet wirkten.

Der Reichsführer des Winterhilfswerks Hilgenfeldt über die Aufgaben der NSB.

Düsseldorf, 27. Jan. Auf dem Gaufkongreß der NSB sprach am Sonnabendabend der Reichsführer des Winterhilfswerks, Hilgenfeldt, über die Aufgaben der NSB. Bei Beginn des Winterhilfswerks, so führte er aus, hat man nicht an das Mitleid, sondern an die Kraft und die Stärke des Volkes appelliert. Von Beginn des Wertes an war uns klar, daß es nicht wirtschaftserstrebend wirken dürfe, sondern daß es der Wirtschaft dienen müsse. Dies ist uns in weitestem Umfange gelungen. An den verschiedensten Stellen konnte die Wirtschaft durch unsere Maßnahmen belebt werden, so beispielsweise im Steinkohlen- und im Braunkohlenbergbau und in der Landwirtschaft. Das gesamte Winterhilfswerk kann mit 300 Millionen RM. beziffert werden. Es steht zu erwarten, daß bei gleichbleibendem Eingang der Spenden diese Zahl erreicht wird. Mit Familienangehörigen versorgt das Winterhilfswerk rund 16 Millionen Menschen, das ist ein Viertel des gesamten deutschen Volkes.

Das Recht an die Gemeinschaft, so führte Hilgenfeldt weiter aus, kann nicht größer sein als die Pflicht gegenüber der Gemeinschaft. Das ist die Umkehrung des bisherigen Grundsatzes auf dem Gebiet der Wohlfahrt überhaupt. Wer vom Staat unterstützt wird, hat die Pflicht zu arbeiten, mitzuarbeiten an irgend einer Sozialaktion des Volkes. Auf dem Gebiete des Anhaltswesens finden wir ein Chaos vor, wie kaum auf einem anderen Gebiet der deutschen Wirtschaft. Der größte Teil der Staatsmittel muß von den Anstalten dazu verwendet werden, um sie über Wasser zu halten, weil sie unwirtschaftlich geworden sind infolge einer falschen wirtschaftlichen Handlung, weil sie nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten des Bedarfs und Gemeinwohls, sondern nach Gesichtspunkten irgend einer Organisation geschaffen worden sind. Es ist daher notwendig, daß dieses Problem gelöst werden muß. Eine weitere Aufgabe der NSB sehe ich in der Ergänzung zu den Verbänden der kirchlichen Wohlfahrtspflege auf dem Gebiet, dem gesunden Volk zu dienen. Ich weise dabei den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden für die Zukunft die Aufgabe zu, sich aus Gründen christlicher Barmherzigkeit all jenen unglücklichen Opfern zuzuwenden, die für die gesunde Volkstümlichkeit verloren sind. Ich glaube, daß aus dieser klaren Trennung der Aufgaben in Zukunft auch das erträglichste Einvernehmen erwächst. Wir wollen fanatische Gesundheitsdiener des deutschen Volkes sein, wir wollen sorgen, daß der Führer in Zukunft ein gesundes und starkes Volk hat, und das ist auch die Aufgabe der NSB.

Wir müssen aber auch etwas tun für die zu erwartenden Kinder. Deshalb werden wir im Anschluß an das Winterhilfswerk ein neues Hilfswerk „Mutter und Kind“ einleiten. Es darf nicht vorkommen, daß eine Mutter ihr Kind töten muß, weil sie wirtschaftlich nicht in der Lage ist, es zu erhalten. Auch werden wir uns der Mütter der unehelichen Kinder annehmen, denn es ist barmherziger, ihnen zu helfen und Erziehungsarbeit zu leisten, als daß wir uns hinterstellen und sie verächtlich machen.

Zum Schluß seiner interessanten Ausführungen ging der Reichsführer noch auf die zu schaffende Schwefelwirtschaft ein, wobei er betonte, daß man damit nicht den kirchlichen Organisationen Konkurrenz machen, sondern einen allmählichen Wandel in den jetzt bestehenden freien Schwefelwirtschaften erreichen wolle. Ebenso wie die kirchlichen Schwefelwerke sollen unsere Schwefelwerke Volk und Nation dienen aus dem gleichen Gedanken der Ethik.

Stalin zur Innen- und Außenpolitik

Moskau, 28. Jan. Auf dem 17. Parteikongreß der Sowjetunion hielt Stalin eine mehrstündige Rede über die innen- und außenpolitische Lage, wobei er u. a. ausführte:

Die gesamte Wirtschaftskrise in Europa, Asien und den Vereinigten Staaten habe gezeigt, wie krank die kapitalistische Wirtschaft sei. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen betonte Stalin den Wunsch der Sowjetregierung, unbedingt die Friedensbeziehungen zu der ganzen Welt aufrecht zu erhalten, obwohl es Mächte gebe, die einen Konflikt mit der Sowjetunion provozieren wollten. Die Beziehungen zu Japan verdienten die größte Aufmerksamkeit. Die japanische Abneigung, mit der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt abzuschließen, sei ein feindseltiger Akt gewesen. Stalin streifte dann noch kurz die Beziehungen zu Deutschland an, wobei er behauptete, daß in Deutschland angeblich sowjetfeindliche Kräfte am Werke seien. Die Sowjetunion jedoch, fuhr Stalin fort, trete dennoch für die Wahrung der freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland ein.

Sie mußte das alles einmal in Ruhe berechnen. Ihr wirkte der Kopf.

Mit den fünfundsichtig Mart verließ Wera von Vandro die Bank, ging langsam wie eine Traumwandlerin durch die belebten Straßen dahin, von einem einzigen Gedanken erfüllt: Woher kam das Geld?
In Hause angelangt, setzte sie sich, ohne Hut und Mantel abzulegen, hin und schrieb an den alten Justizrat Böhm in Berlin, der seit Jahren die Geschäfte der Wetterns verwaltete. Oft hatte sie nach des Diktars Diktat an ihn schreiben müssen. Sie mußte sich Klarheit verschaffen.
An der Tür traf Wera den Diener, der sie unsicher ansah.

„Haben gnädige Frau nicht eben gerufen?“ stammelte er, den Brief in ihrer Hand bemerend.

Wera verneinte kürzer, als es sonst ihre Art.

„Ich habe Kopfschmerzen“, erklärte sie, sich zusammennehmend. Der gute Alte sah sie so ängstlich an. „Ich gebe nur ein Stückchen Spazieren und komme gleich wieder.“

Beforgt sah der Treue ihr nach. Da stimmte etwas nicht! Heimlich auf der Bank gewesen, statt ihn, wie sonst, hinzusetzen, einen Brief geschrieben, den sie eigenhändig zur Post trug... Das mußte er gleich Herrn Steinherr melden!

Vier Tage vergingen, voll marternder Ungevißheit für die Frau, die nicht mehr aus noch ein wußte. Dann kam die Antwort auf ihren Brief. Mit zitternden Fingern riß sie den Umschlag auf.

Sehr kurz und höflich teilte Justizrat Böhm Frau Wera von Vandro, geborene Gräfin Wettern mit, daß ihm auf sofortige Anfrage bei den Erben des verstorbenen Grafen die Mitteilungs geworden, daß sie von seiner Seite um Unterstützung für Frau von Vandro gebeten worden seien, einem solchen Ersuchen auch nicht hätten entsprechen können, da die gegenwärtigen Verhältnisse dies gänzlich ausschließen. Auch ihm persönlich sei kein derartiges Ersuchen bekannt geworden. Sie mußte ein Trütm vorliegen. Mit ganz vorzüglicher Hochachtung...

(Fortsetzung folgt.)

1 Der T
dem
der
Bertr
einen
gütan
2 Berle
Beziel
Reichs
a) bel
lid
b) W
we
c) die
for
lid
d) jed
du
in
ne
f) die
gel
3 Die V
verpfl
a) D
we
ge
Au
gu
b) De
mi
un
Be
ge
c) De
fid
d) Tu
un
er
au
e) De
zu
ob
od
f) De
sch
Für die
ende Ber
1 Berle
Werd
traue
Nicht
entip
Treu
2 Für
Berle
preffe
3 Der
tamm
schrit
4 Wer
zend
Feierl
NSA
die erste
an dem
(25. Febr
gung der
Alle Gau
in deren
wird.
Am U
tagungen
gebung a
ßen Part
Die ei
brauer, fr
oder bere
ES. inn
wird mi
vorgenom
Oberbay
Stabslei
des Füh
nehmen.
Abon